

Antworten auf die Wahlprüfsteine der Gewerkschaft der Polizei - Junge Gruppe zu den Landtagswahlen 2019

1. Wie schätzt ihre Partei die aktuelle Sicherheitslage in Brandenburg ein und welche Rolle spielt die Polizei hinsichtlich dieser Thematik für Sie?

Die Sicherheitslage in Brandenburg ist gut. Das ist sie insbesondere wegen des hohen Einsatzes der Brandenburger Polizist*innen. Die Kriminalität ist in den wesentlichen Bereichen rückläufig. Zugleich gibt es aber in Phänomenbereichen wie der Gewaltkriminalität oder der grenzüberschreitenden Kriminalität Grund zur Sorge.

2. Hält Ihre Partei es für notwendig, den Polizeiberuf zukünftig attraktiver zu gestalten? Wenn Ja: Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen sie dieses Ziel erreichen?

Ja, das Land Brandenburg muss alle Berufsfelder im öffentlichen Dienst attraktiv gestalten. Die Auseinandersetzungen zwischen dem Bund und den Ländern werden infolge der Föderalismusreform und dem mit dem demografischen Wandel einhergehenden Fachkräftemangel immer schwieriger. Diesen Wettbewerbsföderalismus haben wir immer abgelehnt. Insofern wird es darauf ankommen, im Wettbewerb mit dem Bund und den anderen Bundesländern weiter aufzuholen. Dabei haben wir in der vergangenen Legislaturperiode für die Polizei vieles erreicht. Zuletzt haben wir mit einem Entschließungsantrag zur neuen Kriminalistenausbildung dafür gesorgt, dass für diese Absolventen nach ihrem Studiengang entsprechende Stellenmöglichkeiten geschaffen werden, indem entsprechende Verzahnungsämter geschaffen werden, diese werden dann der Besoldungsgruppe A 14 entsprechen. Neben dem Entgelt kommt es darauf, die sogenannten weichen Faktoren positiver zu gestalten, dazu zählen wir die konkreten Arbeitsbedingungen, familienfreundliche Dienstpläne oder den deutlichen Ausbau der Gesundheitsvorsorge für den öffentlichen Dienst.

3. Wie positioniert ihre Partei sich zur Thematik Gewalt gegenüber Polizeibeamten, Rettungs- und Hilfskräften?

Gewalt gegen Polizist*innen und Rettungskräfte ist nicht hinnehmbar. Die erfolgte Verschärfung des Strafrechts hat jedoch die Zahl solcher Angriffe kaum beeinflusst. Das zeigt uns, dass die tatsächlichen Ursachen dafür nicht nur in einer zu geringen Strafdrohung, sondern woanders bspw. in gesellschaftlichen Ursachen zu suchen sind.

4. Halten Sie/hält Ihre Partei den Personalbestand in der Polizei des Landes Brandenburg für angemessen? Wenn nicht, welche Personalzielzahl ist Ihrer Ansicht nach/nach Ansichten Ihrer Partei zur zukünftigen Aufgabenerfüllung erforderlich?

Wir wollen an den derzeitigen Einstellungszahlen im Wesentlichen festhalten, um den Altersübergang aktiv gestalten zu können. Wir halten die aktuelle Stellenzahl mit 8.280 für angemessen, auch weil derzeit noch nicht alle Stellen besetzt sind. Wir wollen die Polizei aber weiter stärken. Zum notwendigen Umfang muss und kann es ohne Bestandsaufnahme und Aufgabenkritik keine seriöse Angabe geben.

5. Mit welchen neuen Aufgabenfeldern sieht sich die Polizei Ihrer Ansicht nach/nach Ansichten Ihrer Partei in Zukunft konfrontiert? Wie stehen Sie/wie steht Ihre Partei zum „Outsourcen“ derzeit hoheitlicher Aufgaben?

Die Rücknahme von Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist ein Kernanliegen der LINKE. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse gerade im Bereich der Sicherheit führen zu nicht hinnehmbaren Risiken. Für die Sicherheit ist und bleibt das Land Brandenburg verantwortlich. Die Verlagerung staatlicher

Sicherheitsstrukturen auf die kommunalen Ordnungsbehörden lehnen wir ab. Im Bereich der Gefahrenabwehr tragen wir dafür Sorge, dass die Polizei, vorbehaltlich der gesetzlich geregelten gerichtlichen Kontrolle, Träger des staatlichen Gewaltmonopols bleibt. Öffentliche Sicherheit darf nicht zu einer Privatangelegenheit werden.

6. Könnte es Ihnen/Ihrer Partei das Eingangsamt A9 in der Polizei des Landes Brandenburg geben? Wenn Ja: Bis wann könnte dieses Vorhaben realisiert werden?

Wir diskutieren diese Frage, dazu gibt es aber noch kein belastbares Ergebnis.

7. Sind Änderungen/Anpassungen hinsichtlich der polizeilichen Ausbildung/des Studiums (bspw. Unterbringung, Raumkapazitäten, etc.) in der Polizei erforderlich?

Brandenburgs Polizei braucht insgesamt eine bessere bauliche und technische Infrastruktur sowie mehr Personal. Als eine Voraussetzung dafür haben wir z.B. den Internatsneubau für die zukünftige Hochschule der Polizei in Oranienburg auf den Weg gebracht und drängen auf eine baldige Fertigstellung. Durch die hohen Schülerzahlen ist die Fachhochschule der Polizei derzeit eigentlich überbelastet, wir gehen deshalb davon aus, dass bauliche Veränderungen, auch im Zuge der Umwandlung zur Hochschule, erforderlich sein werden.

8. Wie beurteilen Sie/Ihre Partei die materielle Ausstattung (sog. Führungs-/ Einsatzmittel) der Polizei? Halten Sie/Ihre Partei eine Modernisierung für notwendig? Wenn Ja: In welchen konkreten Bereichen?

Die Polizei Brandenburg ist in den vergangenen Jahren, auch in Reaktion auf die terroristischen Angriffe in Frankreich und Belgien wesentlich besser ausgestattet worden. Insbesondere die Beamt*innen des Wach- und Wechseldienstes müssen mit einer modernen Schutzausrüstung ausgestattet sein. Hier sehen wir auch Nachholbedarf. Darüber hinaus muss sichergestellt sein, dass ausreichende Möglichkeiten zur Ausbildung und Übung an den neuen Waffen geschaffen werden, um nicht zusätzliche Sicherheitsrisiken zu schaffen.

9. Sollte nach der Auffassung Ihrer Partei die Lebensarbeitszeit für Polizeivollzugsbeamte vereinheitlicht werden? Wenn Ja: Auf welche Lebensarbeitszeit konkret?

Ja, wir wollen die Lebensarbeitszeit für Polizeivollzugsbedienstete wieder einheitlich gestalten. Das Land Brandenburg hat derzeit eine Regelung zur Lebensarbeitszeit, die nicht die günstigste ist. Gleichwohl arbeiten mehr Polizist*innen länger als sie eigentlich müssten. Beamte im Polizeivollzugsdienst und jene in besonderen langjährigen Belastungssituationen sollten grundsätzlich früher als mit der derzeit gültigen Regelung abzugsfrei in den Ruhestand gehen können.

10. Wie stehen Sie/Ihre Partei zur Entlastung der Polizei durch bspw. Eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit, Zusatzurlaubsregelungen, gesundheitsfördernde Schichtplänen etc.?

Wir wollen die Polizei von unnötigen und überflüssigen Aufgaben entlasten. Dazu kommen die bereits oben erwähnten sogenannten weichen Faktoren, die die Zufriedenheit der Bediensteten erheblich beeinflussen. Konkret wollen wir das Mitführen geringer Mengen von Betäubungsmitteln und das sogenannte Schwarzfahren entkriminalisieren. Damit sich die Polizei wieder mehr um Straftäter kümmern kann, die Taten gegen Leib, Leben und Freiheit der Bürgerinnen und Bürger begehen.

Die Anforderungen des Wach- und Wechseldienstes stellen regelmäßig eine hohe physische und psychische Belastung dar. Daher ist zu prüfen, ob die hierfür vorgesehenen Zulagen hierzu in einem angemessenen Verhältnis stehen. Wir wollen die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst verbessern und sorgen für mehr Mitbestimmung in Fragen der Arbeitsbelastung,

Aufgabenverteilung und Personalzumessung. Wir wollen die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich verkürzen, mehr Flexibilität für die Beschäftigten schaffen, Elternzeit- und Pflegezeitregelungen für alle Beschäftigten harmonisieren und ausweiten.

11. Wie würden Sie/Ihre Partei den folgenden Satz beenden? Die Polizei des Landes Brandenburg

...

ist landesweit präsent, sieht eigene Fehler und lernt aus ihnen, sorgt in unserem Land bürgernah, ansprechbar für Sicherheit und schützt in ihren spezifischen fachlichen Zuständigkeiten auch die Demokratie.